

# Mythos „Totalverweigerer“

Die Vorwürfe halten sich hartnäckig: Arbeitsunwillige würden das Sozialsystem in großem Stil ausnutzen. Doch die Fakten sagen etwas anderes.

Bürgergeldbeziehenden wird oft unterstellt, sie seien faul und arbeitsunwillig. Solche Vorurteile dienen Teilen der Politik als Begründung für Sozialkürzungen und strengere Sanktionen. Dabei ist die Gruppe derjenigen, die sich einer Arbeit komplett verweigern, in Wahrheit extrem klein, wie René Böhme und Irene DINGELDEY von der Universität Bremen in einem Beitrag in den Vierteljahreshften zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung und in einem Blogbeitrag für das WSI zeigen. Wer Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren möchte, sollte aus ihrer Sicht nicht Sanktionen verschärfen, sondern andere Maßnahmen ergreifen: Dazu gehören die Förderung von Qualifizierung und Weiterbildung, die Erleichterung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit, die realistische Erfassung gesundheitlicher Einschränkungen und die Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarkts“ für Personen mit geringen Vermittlungschancen.

Böhme und DINGELDEY zufolge krankt die Debatte bereits daran, dass fälschlicherweise davon ausgegangen wird, alle Bürgergeldbeziehenden stünden dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung. Von den rund 5,7 Millionen Menschen im Bürgergeldbezug waren Ende 2024 etwa 1,7 Millionen nicht erwerbsfähig, vor allem Kinder und Jugendliche. Weitere rund 825.000 waren zwar erwerbstätig, erzielten jedoch ein Einkommen, das nicht zur Existenzsicherung reicht. Gründe dafür können niedrige Stundenlöhne, unfreiwillige Teilzeit, Sorgerepflichtungen oder der erhöhte Bedarf in Haushalten mit Kindern sein. Etwa 1,3 Millionen waren zwar formal erwerbsfähig, standen aber für die Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis nicht zur Verfügung, zum Beispiel wegen laufender Qualifizierungen, Betreuungspflichten oder Krankheit. Übrig bleiben nur rund 1,8 Millionen tatsächliche Arbeitslose im Bürgergeldsystem.

## Hürden beseitigen statt Strafen verhängen

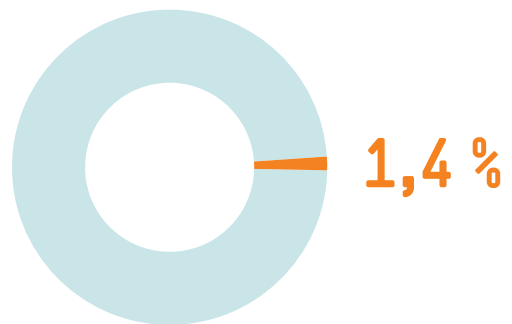
Die meisten dieser Menschen seien nicht arbeitslos, weil sie nicht arbeiten wollen, sondern weil viele Hindernisse – Langzeitarbeitslosigkeit, gesundheitliche Einschränkungen, höheres Alter oder Sorgerepflichtungen – zusammenkommen, schreiben Böhme und DINGELDEY. Bei Langzeitarbeitslosigkeit, die rund 35 Prozent aller Arbeitslosen betrifft, verschlechtern sich mit zunehmender Dauer die Vermittlungschancen deutlich. Rund zwei Drittel der arbeitslosen Leistungsberechtigten verfügen über keinen anerkannten Berufsabschluss – für die meisten offenen Stellen werden jedoch Fachkräfte gesucht. Fast die Hälfte der Bürgergeldbeziehenden nennt gesundheitliche Probleme als Hauptgrund für den Leistungsbezug, insbesondere psychische Erkrankungen. Fast die Hälfte der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten besitzt keine deutsche Staatsangehörigkeit. Für viele von ihnen stellen verzögerte Anerkennungsverfahren, Sprachbarrieren, aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten oder

Diskriminierung am Arbeitsmarkt große Hürden dar. In anderen Fällen erschweren Sorgerepflichtungen und damit einhergehende Vereinbarkeitsprobleme die Erwerbstätigkeit. Rund 13 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind alleinerziehend, überwiegend Frauen.

Der Anteil der sogenannten „Totalverweigerer“ liegt laut Bundesagentur für Arbeit bei weniger als einem halben Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Dennoch konzentriert sich die öffentliche Debatte vor allem auf diese vergleichsweise kleine Gruppe. Aus Einzelfällen werde ein vermeintlich großes Problem gemacht, so die Forschenden. Mit Forderungen nach strengeren Sanktionen ließen sich die Hindernisse jedoch nicht aus dem Weg räumen. Im Gegenteil: Sanktionen erhöhten den Druck im System sowie die psychische Belastung und behinderten so eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Zudem verursachten

## Überschätzte Kosten

Von seiner Wirtschaftsleistung wendete Deutschland 2024 für das Bürgergeld auf ...



Quelle: BMAS 2025

Hans Bäckler  
Stiftung

sie erhebliche soziale Härten – etwa für Familien, Alleinerziehende oder ältere Leistungsbeziehende.

„Die Figur des ‚arbeitsunwilligen Arbeitslosen‘ gehört zu den langlebigsten Mythen der sozialpolitischen Debatte – und sie erlebt derzeit eine bemerkenswerte Renaissance“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI. In den Diskussionen um die Abschaffung des Bürgergeldes habe sich alles nur um die Frage gedreht, wie vermeintliche Fehlanreize durch angeblich zu hohe Leistungen beseitigt und Missbrauch verhindert werden können. Die entscheidende Frage, wie Armut wirksam verringert werden kann, sei hingegen nicht thematisiert worden. „Wer den Sozialstaat stärken will, sollte nicht Mythen pflegen, sondern soziale Ungleichheit bekämpfen“, so Kohlrausch. <

Quellen: René Böhme, Irene DINGELDEY: Die Renaissance des „arbeitsunwilligen Arbeitslosen“ im öffentlichen Diskurs, Vierteljahreshfte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 4/2025 [Link zur Studie](#)

Dies.: Die Rückkehr des „arbeitsunwilligen Arbeitslosen“, WSI-Blog Nr. 21, März 2026 [Link zur Studie](#)